

Quelle: <http://www.miami5.de/informationen/presse-110318.html>

"America's Best Political Newsletter" Out of Bounds Magazine

counterpunch

edited by alexander cockburn and jeffrey st.clair

Gross [grobe] - Dummheit: U.S.A.-Kuba-Politik seit 50 Jahren +

[Der Nachname von Alan Gross, eignet sich im Englischen für ein Wortspiel, Anm. d. Ü.]

Saul Landau und Nelson Valdés, Dienstag, 15. März 2011

Die US-Auslandshilfe ermächtigt diejenigen in Kuba, die zur Unterstützung fundamentaler freiheitlicher, Markt-orientierter Rechte und zu am freien Markt orientierten Lösungen für einen positiven Wandel in Kuba arbeiten, um den Bedürfnissen der kubanischen Bürger zu entsprechen. (s.: U.S. AID-Seite, März 2011)

Am 12. März, nach einem zweitägigen Prozess, wurde Alan Gross wegen "Aktionen gegen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Staates" gemäß seiner Rolle in einem "subversiven Projekt", von Washington dazu angelegt die kubanische Regierung "zu unterminieren" zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte für eine zwanzigjährige Strafe plädiert. Er kann gegen dieses Urteil vor dem Obersten Gerichtshof Kubas in Berufung gehen.

Gross hatte in seinen Einreisepapieren gelogen (er hatte sich darin fünf Mal als Tourist ausgegeben, um die Verteilung geheimer Kommunikationstechnologie im Auftrag der US-Regierung zu verschleiern). Gross arbeitet für DAI, eine Handelsgesellschaft, die einen Vertrag mit AID (State Department) abschließen konnte. Gross's Job bestand entsprechend dem AID-Kubaprogramm darin, "den freien, unzensierten Informationsfluss mit der Versorgung von Informationsmaterial und Internetzugängen von und innerhalb der Insel zu steigern sowie den Ausbau der unabhängigen kubanischen Medien."

Es überrascht kaum, dass AIDs Charteraufträge der U.S.-Hilfe nicht erlauben, unabhängige Kubaner darin zu unterstützen, die US-Politik in Kuba zu kritisieren. Wenn zum Beispiel ein unabhängiger Blogger Satellitentelefone haben wollte, um einen Marsch vor der US-Interessenvertretung (eine Botschaft ohne offizielle Botschaftsbeziehungen, die wurden am 3. Januar 1961 von Eisenhower unterbrochen) zu organisieren und dort eine Mahnwache abzuhalten, um jeden US-Diplomaten mit den Tausenden von US-Agenten gegen Kuba begangenen Gewaltverbrechen zu konfrontieren, dann würde AID solch ein Projekt nicht finanzieren. Man stelle sich die Formierung einer zivilen Gesellschaftsbewegung vor, die die kubanische Regierung dafür angriffe, zu wenig gegen ein Land zu unternehmen, dass ihre Bürger ermordet!

Tatsächlich beruhte die Forderung von Kubanern nach Gerechtigkeit auf Fakten, Tausenden freigegebener Dokumente, die zu Mordanschlägen und Sabotageakten an kubanischem Eigentum autorisierten - und einer von der CIA gedeckten Invasion der Insel. Ehemalige CIA-Beamte bezeugten diese Programme vor dem Kongress.

Was Kubaner verblüfft, ist das Wesen seiner nördlichen Nachbarn: "Selbstgerechtigkeit" unter der Überschrift "Amerikanische Demokratie". Merke: Man nenne es nicht US-Demokratie, denn Washington wendet das Konzept auf das gesamte Gebiet an, als auf ein von Gott geweihtes (inoffizielles) US-Protectorat (siehe: Monroe-Doktrin und Erörterung von "Manifest Destiny" [Schicksalsmanifest, Anm. d. Ü.] im 19. Jahrhundert).

Seit Gott wenige englische Puritaner dazu auserwählte, den Ozean nach Massachusetts zu überqueren, um den Wilden Sein offenbartes Wort zu predigen und entsprechenden (kapitalistischen) Nutzen aus einem reichen zu erobernden Land zu ziehen, hatten die Erwählten eine ernste Verpflichtung zu dessen Erfüllung. Die Eroberten oder Unterworfenen

von Patagonien bis Mexiko sollten überredet oder gezwungen werden, ihre politischen Normen, das von den US-Gründungsvätern für sie perfekt ausgearbeitete System, zu übernehmen.

Über das 20. Jahrhundert hinweg hatte der größte Teil Lateinamerikas die Grundvoraussetzungen für ihre Lebensart nach den von der US-"Demokratie" durchgesetzten Richtlinien verstanden. Wahlen hatten im Gehorsam gegenüber der Regierung (in Washington) auszugehen. Ungehorsame Sieger wurden wiederholt entfernt und neue Wahlen lieferten schließlich Willfährige. (In den 1960ern, als Juan Bosch in der Dominikanischen Republik die Oberhand gewonnen hatte, halfen die Vereinigten Staaten, ihn unterliegen zu lassen, in jüngerer Zeit hatten die haitianischen Wähler Jean Bertrand Aristide gewählt, und Washingtons Beamten schmiedeten ein Komplott, ihn zu entführen und zu verbannen - und auch sicherzustellen, dass er nicht zurück käme.

Dazu kommt, [US]-Amerikaner beharren auf gesetzgebender Gewalt, Gerichten und "freier Presse" im Privatbesitz mit bezahlten Anzeigen. Die grundlegenden US-Regeln beruhen auf der obersten Prämisse: Schutz von Gottes heiligster Instanz, Privatbesitz, insbesondere US-Besitz.

Wenn man US-Demokratie auf diese Weise versteht, und es gibt eine Menge Dinge in der Geschichte, mit denen es illustriert werden kann, dann kann man auch das begreifen, was viele in der Welt als Washingtons Obsession bezüglich Kuba seit 1959 ansehen: Kuba hat US-Besitz verstaatlicht.

Diese Fixierung führt die US-Beamten manchmal in peinliche Situationen. Z.B. kritisiert Außenministerin Clinton routinemäßig Kuba, weil es "politische Gefangene" hat - von den USA bezahlte Dissidenten. Kuba hat fasst alle dieser Gefangenen entlassen, aber die Vereinigten Staaten haben etwa 200 Gefangene - ohne formelle Anklage in der Marinebasis Guantánamo. Aber das ist etwas Anderes. Diejenigen von Guantánamo könnten die "amerikanische" Sicherheit bedrohen, wogegen die kubanischen "politischen Gefangenen" nur die Sicherheit Kubas bedrohen; darum hat Kuba kein Recht, sie einzusperren. Die [US]-amerikanische Regierung hat Rechte; Kuba hat Pflichten.

Wie jeder beobachtet hat, der Mangel an gewissen Freiheiten in Kuba verblasst im Vergleich zu der Unterdrückung in anderen Staaten, mit denen Washington freundschaftliche Beziehungen pflegt. 1939 hat Franklin D. Roosevelt für den nicaraguanischen Diktator Anastasio Somoza den roten Teppich ausgerollt. "Vielleicht ist er ein Hundesohn, aber er ist unser Hundesohn," sagte FDR. Ein modernerer Hundesohn wie Mubarak aus Ägypten hat massive Mengen an US-Geldern als Hilfe erhalten.

AID in Kuba dagegen beschäftigte Alan Gross indirekt als Unterhändler, um dem kubanischen Volk zu "helfen". Gross' Aufgabe war es, Kubaner zu bewegen, bessere Kommunikationsmittel für eine in den USA angefertigte "Zivilgesellschaft" zu nutzen. Dieses in den USA entworfene perfekte Modell einer Demokratie ist eine der wenigen in den USA gefertigten Waren, die nur für den Export bestimmt sind.

Alan Gross spielte in Wirklichkeit seine Rolle in einem Stück, das vor über 50 Jahren in den USA geschrieben wurde. Im März 1960 arbeitete die CIA schriftlich aus: "... ein Hilfsmittel für die Massenkommunikation des kubanischen Volkes, sodass eine mächtige Propagandaoffensive im Namen der erklärten Opposition eingeleitet werden kann." Die CIA forderte "eine von der CIA kontrollierte Aktionsgruppe, die regelmäßig Anti-Castro- und antikommunistische Publikationen produziert und verteilt." (CIA, Ein Programm für verdeckte Aktionen gegen das Castro-Regime, März 1960)

Satellitentelefone und Laptops haben gedruckte Medien ersetzt, aber das Ziel der USA bleibt das selbe. Gross behauptet, kein Regierungsbeamter habe ihn davor gewarnt, dass die kubanische Regierung Jahrzehnte lange Erfahrung darin hat, US-Agenten zu überlisten - sogar "Experten" in komplizierten Technologien. Vielleicht wäre eine Geschichtslektion lehrreicher für Gross und Ministerin Clinton, als das, was man so aus dem Geschwätz heraushört.

Saul Landaus neuer Film "Mögen die wahren Terroristen bitte aufstehen" wird von Cinema Libre Studio vertrieben. Nelson Valdes ist Professor Emeritus der Universität Neu Mexiko.

Deutsch: ¡Basta Ya! (jmb, db)

(Quelle: [CounterPunch](#) vom 18. März 2011)